

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

**Proteste von Gesundheits- und Pflegepersonal gegen Bundesreformen**

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 13.07.2026

Am 10. Juni 2026 fand in Hannover anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) von Bund und Ländern eine große Kundgebung der Gewerkschaft ver.di statt. Mehr als 8 000 Menschen demonstrierten gegen die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) geplanten Kürzungen im Gesundheits- und Pflegebereich. Die Demonstrierenden hielten rote Pappen in die Luft und riefen „Rote Karte!“ sowie „Warken stoppen!“<sup>1</sup>

Der derzeitige GMK-Vorsitzende und niedersächsische Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, Dr. Andreas Philippi (SPD), sprach auf der Kundgebung und kritisierte die Bundespläne deutlich. Er betonte: „Wir dürfen den notleidenden Kliniken keine weiteren finanziellen Mittel entziehen. Andernfalls drohe die unkontrollierte Schließung notwendiger stationärer Einrichtungen.“<sup>2</sup>

Dr. Philippi erinnerte daran, dass die volle Refinanzierung von Tarifsteigerungen Teil eines Kompromisses zwischen Bund und Ländern zur Krankenhausreform gewesen sei. Diese nun - wie von Warken geplant - zu deckeln, berge erhebliche Risiken. Insgesamt habe der Gesetzentwurf „eine deutliche Schiefelage zulasten der Versicherten und der Krankenhäuser“. Für die Länder und insbesondere Niedersachsen versicherte er: „Eine Sozialreform, die zu großen Ungerechtigkeiten führt, wird mit uns nicht machbar sein.“

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler erklärte auf der Kundgebung: „Das ist ein klares Signal an die Bundesregierung: Die Gesetze zur Kranken- und Pflegeversicherung dürfen so nicht beschlossen werden.“

1. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass mehr als 8 000 Beschäftigte aus dem Gesundheits- und Pflegebereich am 10. Juni 2026 in Hannover gegen die von Bundesgesundheitsministerin Warken geplanten Kürzungen demonstriert haben, und sieht sie darin ein Misstrauensvotum gegen die aktuelle Bundespolitik?
2. Welche konkreten Folgen für die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Niedersachsen erwartet die Landesregierung, wenn die von Bundesministerin Warken geplanten Kürzungen und die Deckelung der Tarifrefinanzierung umgesetzt werden - insbesondere hinsichtlich drohender Klinikschließungen und weiterer Personalfucht?
3. Welche konkreten Schritte hat die rot-grüne Landesregierung seit Bekanntwerden der Kürzungspläne der Bundesregierung unternommen, um diese im Bundesrat oder auf anderen politischen Ebenen zu verhindern oder zumindest deutlich abzumildern?
4. Sieht die Landesregierung angesichts der oben beschriebenen Proteste und der genannten Kritik ihres eigenen Ministers die Gefahr, dass die geplanten Bundesreformen die ohnehin angespannte Personalsituation in der niedersächsischen Pflege weiter verschärfen und die Versorgungssicherheit in ländlichen Regionen gefährden?

---

<sup>1</sup> <https://www.verdi.de/gesundheits-soziales-bildung/themen/gesundheitspolitik/rote-karte-fuer-diese-politik>

<sup>2</sup> <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/proteste-gegen-kuerzungen-im-gesundheitswesen-mehr-8000-menschen-am-mittwoch-kundgebung-zur-gmk>

5. Welche landeseigenen Maßnahmen plant die Landesregierung, um die negativen Auswirkungen der Bundesreformen auf die Gesundheitsversorgung in Niedersachsen abzufedern, falls es ihr nicht gelingt, die Kürzungen auf Bundesebene zu verhindern?
6. Hält die Landesregierung es für realistisch, dass eine rot-grüne Landesregierung einer CDU-geführten Bundesgesundheitspolitik mit besagten Kürzungen im Gesundheits- und Pflegebereich wirksam entgegentreten kann, solange sie sich gleichzeitig auf Bundesebene in einer Großen Koalition oder ähnlichen Konstellationen befindet?
7. Wie bewertet die Landesregierung vor diesem Hintergrund die Forderungen von zahlreichen Seiten, die Koalition mit der CDU im Bund zu beenden? Ist diese Reform eine rote Linie für das Verhältnis der Landes- zur Bundesregierung?
8. Erwartet die Landesregierung, dass die von Minister Philippi auf der ver.di-Kundgebung geäußerte Position „Eine Sozialreform, die zu großen Ungerechtigkeiten führt, wird mit uns nicht machbar sein“ am Ende auch politisch durchgehalten wird - oder handelt es sich dabei lediglich um verbale Unterstützung für die protestierenden Beschäftigten ohne echte Konsequenzen? Plant die Landesregierung oder im Speziellen Herr Minister Dr. Philippi den Rücktritt, sollte die Sozialreform doch in der angekündigten Form beschlossen werden?